

Urteil - Josef S. - Presseaussendung der Grünen und der Kommunistischen Partei Oberwart

„Antifaschismus darf nicht kriminalisiert werden!“

KP Oberwart und Grüne Oberwart sehen in der Verurteilung von Josef S. eine Gefährdung des Demonstrationsrechtes und eine Kriminalisierung der antifaschistischen Bewegung.

Der Ausgang des Prozesses gegen Josef S. am vergangenen Dienstag löste auch innerhalb der Oberwarter Regionalpolitik Unverständnis und Fassungslosigkeit aus. Die Verurteilung ist aus Sicht der Grünen Oberwart und der Kommunistischen Partei Oberwart ein Skandal: *„Die Kriminalisierung von linken AktivistInnen und die de facto Einschränkung des Demonstrationsrechtes hat in Österreich mittlerweile System.“*, zeigt sich Peter Liszt (KPÖ) verärgert.

In der Anwendung des §274 Landfriedensbruch wird eine Gefährdung des Demonstrationsrechtes und damit einhergehend der Meinungsfreiheit geortet. *„Wir verurteilen den Schuldspruch, da sich dieser gegen die gesamte antifaschistische Bewegung richtet. Ein junger Mensch gerät hier in die Rolle des Bauernopfers. Eine solche Vorgehensweise, eine Verurteilung auf Basis einer derart schwammigen Beweislage, ist eine Gefährdung des rechtsstaatlichen Prinzips. Dies kann und darf so nicht hingenommen werden.“*, so Maria Racz (Grüne).

Peter Liszt abschließend: *„Wie Bertolt Brecht schon gesagt hat ‚Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht‘.“*

Maria Racz und Peter Liszt
Oberwart, 22.07.14

Rückfragen:

Peter Liszt: 0664 9151400
peter.liszt@gmail.com
Maria Racz: 0664 9181569
Maria.Racz@gruene.at

